

# DIE WELTWOCHEN

Ausland

## Europa verkümmert

---

**Die EU findet sich in der Gegenwart nicht mehr zurecht. Ihre Regeln und Verträge werden Makulatur. Nur noch die Rhetorik verweist auf die grosse Vision der Vergangenheit.**

*Von Hansrudolf Kamer*



Hansrudolf Kamer

---

Glaubt man den Fernsehbildern, so befindet sich Brüssel im Belagerungszustand. Es geht hier um mehr als um die vom Terror verseuchte Hauptstadt Belgiens. Sie ist EU-Zentrale und Nato-Hauptquartier. Sie ist die zu Stein gewordene Verkörperung europäischer Aspirationen und postmoderner westlicher Regierungsweisen.

Unter dem Druck der Ereignisse – und nicht erst seit dem Terroranschlag in Paris – bröckelt die Fassade. Walter Russell Mead zitiert den düsteren Roman von Joseph Conrad, «Heart of Darkness», und schreibt von der «Stadt der weissgewaschenen Gräber» – mit ihrem glänzenden Äusseren, aber penetranten Verwesungsgeruch.

Brüssel ist für Mead ein Blick in die Zukunft Europas und des Westens: zuerst das Geld, dann die Flüchtlinge, schliesslich der Terror. Die EU taumelt von Krise zu Krise. Natürlich leben Totgesagte länger. Aber anders als in früheren Zeiten, wo aussergewöhnliche Spannungen die Geister auf das Wesentliche lenkten und die

europäische Integration vorantrieben, bröckeln nun die von ihr geschaffenen Errungenschaften langsam ab.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Union das Euro-Problem Griechenlands über die Runden brachte und unbewältigt in die Zukunft schob, waren nur der Anfang. Der Flüchtlingsstrom entblösste das Arrangement zur Abschaffung der inneren Grenzen als Papiertiger. Und der Terroranschlag in Paris entlarvte die EU als Gemeinschaft, die für ihre Sicherheit nicht zuverlässig sorgen kann.

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble nannte die anhaltende Flüchtlingsbewegung eine «Lawine», die von einer unachtsamen Skifahrerin (Merkel) losgetreten worden sei. Die Schweiz und andere Alpenländer haben gelernt, wie man Lawinenverbauungen erstellt und Bannwälder aufforstet. Von den politisch korrekten deutschen Staatsmedien wurde Schäuble stattdessen kräftig gescholten. Hilfloos wankt der deutsche Riese im Sturm.

Die hochgemuten Beschwörungen von Solidarität und Zusammenarbeit zur Eindämmung und Kanalisierung des Zustroms waren nur leere Worte. Solidarität und Zusammenarbeit wären eigentlich die Raison d'être der EU: zusammenstehen, um Krisen zu bewältigen und den Frieden zu bewahren. Alles andere ist, wie es heisst, Beilage.

Dass die Terrorattacke in Paris nicht verhindert werden konnte, mag an nachrichtendienstlichen Unzulänglichkeiten liegen. Vielleicht haben die Terroristen dank Edward Snowden gelernt, die Überwachung auszutricksen. Doch so oder so ist nicht ganz klar, wie die Zusammenarbeit unter den Diensten in Europa funktionieren soll, wenn das Vertrauen fehlt.

Wenn ein Land – Deutschland – die Dublin-Regeln im europäischen Asylwesen einfach unilateral ausser Kraft setzen kann und dann andere moralisch an den Pranger stellt, wenn diese sich selber schützen, ist das wenig solidaritätsfördernd.

Das Gleiche gilt für Schengen und den Abbau der inneren Grenzkontrollen. Es gab und gibt keine *unité de doctrine*, was mit dem Schutz der Aussengrenzen konkret gemeint war. Deutschland und Ungarn konnten sich nicht einmal darüber einigen, wie gross die Zahl der Migrantinnen wirklich war, bevor der Stacheldraht aufgebaut wurde.

Die Saat für diese Zerfallerscheinungen wurde Jahrzehnte früher gelegt. Die Grossen hatten in der «Rechtsgemeinschaft» immer mehr zu sagen als die Kleinen. Es war die deutsch-französische Lokomotive, die den sogenannten Stabilitätspakt auf den Prellbock schob.

In der Euro-Krise wurde das grundlegende Bail-out-Verbot missachtet mit dem Hinweis auf höhere Interessen – will sagen: die Rettung der Einheitswährung. Nun sind Schengen und Dublin politische Manövriermasse geworden, nicht etwa als Folge demokratisch verankerter gemeinsamer Beschlüsse, sondern als Folge deutscher Entscheidungen. Frankreich beruft sich auf die Terrorabwehr, um erneut die Auflagen des Stabilitätspaktes zu umgehen.

### Kein Geld für Verteidigung

Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realität begleitet die ganze Geschichte der EU. Die Lage wäre auch nur marginal besser, wenn Eintracht herrschte. Frankreich gibt weniger als 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die nun plötzlich benötigte militärische Verteidigung aus, obwohl der Staat 54 Prozent der Wirtschaftsleistung konsumiert. Britannien will nun ebenfalls mehr tun: Es wäre heute nicht mehr in der Lage, einen Falklandkrieg zu führen.

Es ist fraglich, ob der Westen die politische Geduld aufbringt, um den Terror wirkungsvoll zu bekämpfen. Neben politischem Durchhaltewillen braucht es eine gesunde wirtschaftliche Basis, um sich militärische und andere Anstrengungen leisten zu können. Damit hapert es bedenklich. Doch eine liberale Reform der EU an Haupt und Gliedern, wie sie der britische oder der ungarische Regierungschef anregen, findet kein Gehör. Das ist, was Joseph Conrad im Brüssel von Leopold II. als Fäulnis und Zerfall beschreibt.